

Betrifft: Grundsatzbeschluss zur Förderung von Familien mit Kindern und Jugendlichen bzw. zielführende Informationspolitik
Schmitz, Andreas / Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vom 01.12.2005

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Andreas Schmitz
Neyetal 13
51688 Wipperfürth

1. Dezember 2005

Bürgermeister Guido Forsting
Rathaus
Marktplatz 1
51688 Wipperfürth

Stadt Wipperfürth	
02. Dez. 2005	
DEZ.....	AKT: 1011

Verwehung an JHA

FBI ~~SEITE~~ m.d.B. um Stellungnahme erst.
e I z. K. erst.

Antrag: Grundsatzbeschluss zur Förderung von Familien mit Kindern und Jugendlichen bzw. zielführende Investitionspolitik.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

unsere Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützt mit besonderem Nachdruck den TOP 1.6.1 – Grundsatzbeschluss zum kommunalen Baulandmanagement in Wipperfürth! Wir sind davon überzeugt, dass gerade in finanziell sehr schwierigen Zeiten ein klares Leitbild und eine zielführende Strategie zu wählen ist, damit es unserer Stadt mittel- und langfristig nicht zuletzt auch finanziell wieder besser geht. Es sollte u.E. dem Rat der Stadt Wipperfürth und den Bürgern unserer Stadt bewusst sein, dass wir hier in Wipperfürth sehr wohl auf kommunaler Ebene einen bedeutenden Anteil leisten können, damit es in Deutschland insgesamt zu einer positiven Entwicklung kommen kann. Wir sind nicht handlungsunfähig! – Die Ausrichtung an einem klaren Leitbild der Förderung und Weiterentwicklung familiärer Lebensumstände scheint uns zentral zu sein. Wir beantragen, Ihren Gedanken bezogen auf das zukünftige Baulandmanagement auf zukünftige Investitionsmaßnahmen in Wipperfürth auszudehnen:

Antrag:
Die Mitglieder des Rates der Stadt Wipperfürth beschließen folgende Zielsetzungen und Grundsätze zur zukünftigen Investitionspolitik:

Ziele und Grundsätze:
Die Stadt Wipperfürth verfolgt bezogen auf zukünftige Investitionen folgende Ziele und beachtet folgende Grundsätze:

- Die **Situation für Familien in Wipperfürth** soll weiter verbessert werden, so dass die sehr persönliche Entscheidung für Kinder gefördert wird, indem konkret die Rahmenbedingungen (Kinderbetreuung, Schule, Freizeitgestaltung, kindgerechte Stadtplanung etc.) im Zentrum geplanter Investitionsüberlegungen stehen.
- Bei **Investitionsentscheidungen** ist konkret zu prüfen, inwieweit diese dieser übergeordneten Zielsetzung entsprechen.
- Durch eine aktive Politik der **Reaktivierung der Arbeit im Kinder- und Jugendparlament** seitens des Rates der Stadt Wipperfürth sind die Notwendigkeiten und Bedürfnisse junger Menschen und Familien festzustellen und zu berücksichtigen.
- Es wird mittelfristig vor allem auch auf die Mitarbeit vieler Akteure ankommen. Dazu wird durch eine Lenkungsgruppe ein Konzept zur Initiierung eines „**lokalen Bündnisses für Familien**“ erarbeitet. Hierzu kann auf mittlerweile viele Beispiele im ganzen Bundesgebiet zugegriffen werden. Es muss also nicht alles „neu erfunden“ werden! Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und engagierte Wipperfürther stehen zur Mitarbeit bereit. Entscheidend ist eine interfraktionelle Herangehensweise!

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Schmitz

Zur Sache



X	<u>S t e l l u n g n a h m e</u>
----------	----------------------------------

	<u>A n t w o r t</u>
--	----------------------

Zuständige bzw. federführende Dienststelle: Fachbereich I

Betrifft: Grundsatzbeschluss zur Förderung von Familien mit Kindern und Jugendlichen bzw. zielführende Informationspolitik
Schmitz, Andreas / Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vom 01.12.2005

Zum Antrag ist zunächst folgendes auszuführen:

1. Der Grundsatzbeschluss zum kommunalen Baulandmanagement wird nicht nur von der antragstellenden Fraktion unterstützt, sondern nach dem Ergebnis der Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Bauwesen vom 29.11.2005 von einer deutlichen Mehrheit. Das wird sich sicher so auch bei der heutigen Abstimmung über TOP 1.5.6 bestätigen.
2. Auch ohne theoretische Leitbild- und Zielführungsdiskussionen betreibt die Stadt Wipperfürth immer schon im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine aktive Familienpolitik. Es gibt Kindertageseinrichtungen und Schulen in ausreichender Anzahl, ein offenes Jugendzentrum, eine überaus aktive Jugendverbandsarbeit, Vergünstigungen des Familienpasses, vielfältige Beratungsstellen und –angebote u.v.a.
3. Das Kinder- und Jugendparlament ist zwar nicht mehr so aktiv wie noch vor einigen Jahren. Es gibt aber eine Gruppe von Jugendlichen, mit denen einmal monatlich ein Austausch im Jugendamt stattfindet und mit denen ganz konkrete Projekte umgesetzt werden (z.B. Weltkindertag, Fun-Sport-Tag, Kinderspielplätze).

Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag nach § 16 Abs. 2 Buchst. c) der Geschäftsordnung an den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

Der Antrag wird zur weiteren Vorberatung an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.